

Sachdokumentation:

Signatur: DS 1452

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/1452



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

Newsletter vom 24. 6. 2018

Inhalt

Vorwort	2
Freiheit als pädagogisches Elixier	3
Bildungsbericht 2018 Analysen zu rund 500 Themen	5
«Eine Lehre allein reicht heute nicht mehr»	6
Ist der Bildungsabbau an der Volksschule nur ein Mythos?	6
Einige Online-Kommentare	8
„Lehrerinnen und Lehrer müssen sich vor allem erst einmal wehren“	10
Mehr Rückendeckung bitte!	11
Schulversuch hat Hauptziel verfehlt	12
Sonderpädagogische Flickschusterei	13
Zurück zur Förderschule?	14

Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser

Am 19. Juni wurde der «Bildungsbericht Schweiz 2018» an einer Medienkonferenz vorgestellt. Da er 340 Seiten und rund 500 Themen umfasst, konnten in der Tagespresse lediglich Fragmente publiziert werden. So im Tages-Anzeiger, der Statistiken zu den kantonalen Bildungsausgaben wiedergibt, z.B. Bildungsausgaben pro Schüler oder durchschnittliche Klassengrössen in den Kantonen, was zur wenig fruchtbaren Diskussion zwischen Stefan Wolters (Verantwortlicher für den Bildungsbericht) und LCH-Präsident Beat Zemp führt, ob zwischen Bildungsausgaben und Bildungsqualität ein relevanter Zusammenhang bestehe oder nicht. Weit aussagekräftiger als solcherlei statistische Übungen ist die anschliessende lebhaftete Diskussion der Leserinnen und Leser (Online-Kommentare).

Einmal mehr wird bestätigt: Die modernsten Statistikprogramme und die umfassendsten Datensammlungen können nicht mehr als Hilfsmittel sein und kommen niemals an die Einzigartigkeit des in Zusammenhängen denkenden Menschen heran, potenziert durch den sozialen Austausch (hier die Bezugnahme auf Kommentare anderer Leser und das Weiterspinnen der so entstehenden Gedankennetze).

Im Leitartikel von Carl Bossard kommt der Irrweg der aktuellen Bildungs-«Experten» auf eindrückliche Weise zum Ausdruck. Die Lehrerpersönlichkeit auf einen Coach und das Kreuzchen-Einfüllen in vorgegebene Raster zu reduzieren, ist weder für die Lehrerin noch für die Schüler bekömmlich. Ebenso untauglich ist bekanntlich das angeblich Chancengleichheit schaffende Verfrachten von Kindern mit grossen Unterschieden in Lernstand, persönlicher Verfassung und sozialer Ansprechbarkeit ins selbe Schulzimmer. Dazu das Interview aus Wien zum Erziehungsnotstand in den Schulen und der Schulversuch «Fokus Starke Lernbeziehungen», dessen Ergebnis für erfahrene Lehrer wenig überraschend ist, wie Peter Schmid in seinem Leserbrief erklärt: Kinder brauchen an allererster Stelle eine konstante Beziehung zu ihrer Lehrerin und ihren Mitschülern – für ihr schulisches Vorankommen ist dies von viel grösserer Bedeutung, als wenn sie «gleichberechtigt» in der Regelklasse sitzen, ohne mithalten zu können. Laut Bericht von Heike Schmall in der FAZ rudern denn auch etliche deutsche Bundesländer wieder zurück auf Feld 1, zur Förderschule.

Noch ein Wort der Berufsschullehrerin zur Aussage des für den Bildungsbericht Schweiz 2018 Verantwortlichen (!), in den nächsten Jahrzehnten bräuchten 60 Prozent der Schweizer einen höheren Abschluss als eine Berufslehre: «Für die, die das nicht schaffen, dürfte es eng werden.» Tatsache ist: Die duale Berufslehre ist erwiesenermassen der beste Boden für das Berufsleben. Laut Bildungsbericht verfügen über 90 Prozent der 25-Jährigen in der Schweiz über einen Abschluss auf der Sekundarstufe II – das soll uns einmal jemand nachmachen! Darauf baut ein grosser Teil der jungen Leute eine weitergehende Ausbildung auf. Wir Erwachsenen und ganz besonders die «Bildungsexperten» tragen die Verantwortung dafür, dass die Kinder und Jugendlichen in der Volksschule das unabdingbare Grundlagenwissen und die notwendigen Fertigkeiten lernen, damit es in Zukunft keinen «Rest» von 40 Prozent (!) gibt, der durch die Maschen fällt.

Wir wünschen Ihnen eine spannende Lektüre!

Für die «Starke Volksschule Zürich»

Marianne Wüthrich

Freiheit als pädagogisches Elixier

Journal21, 19.6.2018

Von Carl Bossard

In den Schulen wird immer enger normiert. Dabei müssten Lehrpersonen ihre Kinder zur Autonomie führen. Zum Paradox von Regulierung und Freiheit.

Sonntags predigt man die Freiheit der Lehrperson und beschwört ihren autonomen Unternehmergeist als Klassenverantwortliche. Werktags reguliert man zügig drauflos. Alles in der Schule ist bald geregelt. Norm statt Freiheit, Reglemente statt Autonomie. Ob Unterricht gelingt, ob die Schülerinnen und Schüler gerne in die Schule gehen, hängt von der Person der Lehrerin und des Lehrers ab, von ihrer vitalen Präsenz und persönlichen Energie, ihrer Dynamik und Leidenschaft, ihrem Schwung und – ganz entscheidend – ihrer Haltung. Nicht von der Anzahl der Vorschriften. Zu viele Weisungen lähmen den Geist und hemmen das Handeln. Zu viele Vorschriften strangulieren Spontaneität und ersticken Kreativität.

Kinder in Kompetenzraster zwingen

Genau das passiert im Moment. Ein Beispiel illustriert's: Elterngespräch in einer zweiten Klasse; zwingende Grundlage bildet ein Kriterienraster mit 72 Kompetenzen, eine Matrix von Fähigkeiten und Fertigkeiten, die ein Kind im Rahmen des Lernprozesses zu erlangen hat, aufgeteilt in je drei Niveaustufen. Da steht für das 1./2.-Klasskind zum Beispiel: „Feste, Brauchtum und Erzählungen als wesentliche Dimension von Religionen verstehen.“

Die Primarlehrerin muss diese Kästchen mit Vater und Mutter innert zweier Jahre dreimal durchgehen und „Kreuzchen im Kästchen“ setzen. Bei 18 Kindern sind das pro Gesprächsrunde 1'296 Kompetenzen, bilateral zu bereden. Das Kind ist beim Elterntreff dabei.

Anna und ihre Selbstkompetenz

Die standardisierten Gespräche sind minutiös vorzubereiten und auch zu protokollieren. Das umfangreiche Frageraster beginnt mit sieben Lernzielen zur Selbstkompetenz. Entsprechend formuliert ist die Ouvertürefrage: „Anna, wie würdest du deine Selbstkompetenz einschätzen?“, will die 2.-Klasslehrerin wissen. Das ist keine böswillige Fiktion, das ist Faktum, live erlebt.

Doch wie soll ein kleines Kind seine „Selbstkompetenz“ kritisch beurteilen, wenn Erwachsene kaum verstehen, was sie bedeutet. Dass sie sich zum Selbst bilden müssen, wird vielleicht noch klar; aber wie dieses Selbst dann noch eine Kompetenz zum Selbst haben soll, bleibt ihnen wohl schleierhaft. Und erst einem Kind?

Lehrer sind keine Lakaien der Bildungsverwaltung

In solchem Fachjargon spricht keine Pädagogin mit ihren Kindern, so drückt sich kein Pädagoge spontan aus. Doch die Kompetenzraster zwingen sie zu dieser Sprache. Die Bildungsverwaltung schreibt den engmaschigen Fragebogen vor. Die Lehrerin wird so zur Sklavin des dichten Lernzielkatalogs, der Lehrer zum Lakaien der Bürokratie, der solche Fragen stellen muss. Die Lehrpersonen mutieren zu Verwaltern von Kompetenzen.

Doch Schülerinnen und Schüler brauchen keine Buchhalter; sie brauchen „bedeutungsvolle Erwachsene“, wie dies der Kindertherapeut und Pädagoge Bruno Bettelheim vor vielen Jahren genannt hat. Er meinte damit Vorbilder. Es sind Pädagogen, die ihre Kinder im persönlichen Kontakt in die Unterrichtsthemen einführen und sie mit Elan und Freude in ihrer Autonomie stärken.

Freiheit: Kern des pädagogischen Wirkens

Solchen Lehrpersonen ist Freiheit eine Grundbedingung. In der Freiheit liegt der Kern des ganzen pädagogischen Wirkens. Diese Freiheit gründet in allgemeinen Prinzipien. Doch sie müssen leicht verständlich und lebensnah sein, wenn sie ihre Wirkkraft entfalten wollen. Das wissen wir aus der Wahrnehmungspsychologie. Nur so können Lehrerinnen und Lehrer situativ richtig reagieren, spontan auf die Kinder eingehen und aus dem Moment Kreatives entstehen lassen. Humor und Witz, Imagination und Fantasie blühen nicht im engen Korsett der Vorschriften; sie brauchen einen Humus der Freiheit.

Lückenlose Kontrolle: Gegenteil von Freiheit

Was Freiheit bedeutet, müssten angehende Pädagogen in ihrer Ausbildung erfahren und vorgelebt erhalten. Doch auch an Pädagogischen Hochschulen wird normiert

und reguliert, standardisiert und programmiert; die einzelnen Unterrichtslektionen sind mit unnötigen Vorgaben kanalisiert und eingeengt. Man will alles unter Kontrolle halten, will lückenlos korrekt sein. Doch das bedeutet das Gegenteil von Freiheit. Eine Freiheit, die nicht scheitern kann, ist gar keine. „Wer nicht mehr irrt, der lasse sich begraben“, meinte Goethe maliziös.

Das Beispiel aus einer PH ist symptomatisch: Studierende müssen einen Zweier- Vortrag von zehn Minuten Dauer halten. Strikt zu beachten sind 16 detailliert formulierte Kriterien. Pro Kriterium ergibt das ein Zeitbudget etwas mehr als 35 Sekunden. Enger geht es kaum. Wie soll da die Freiheit des kreativen Gestaltens und spontanen Improvisierens zum Tragen kommen?

Der administrative Aufwand nimmt zu

Lehrpersonen sind zunehmend mit Administration und Dokumentation belastet. Die Bürokratie beansprucht Zeit und absorbiert Energie. Der administrative Aufwand nimmt zu, die Direktiven aus den dichten Regelwerken wie Lehrplan 21 intensivieren sich, die Freiheit schwindet. Hierarchisch bedingte Vorgaben engen den pädagogisch notwendigen Spielraum ein.

Das hat unter anderem auch mit den teilautonom geleiteten Schulen zu tun. „Ein Ziel dieser Reform war die Entlastung von Bürokratie. Genau die ist aber seit der Einführung der geleiteten Schulen explodiert“, schreibt Christina Rothen, Universität Zürich, in einer Analyse.¹ Die Folge: ein oft unnötiger und kräftezehrender Aktivismus im Operativen.

Lehrpersonen brauchen Freiheit im Operativen

Dabei müssten Lehrpersonen nur mit Vorgaben im Prinzipiellen geleitet werden. Im Operativen des Alltags, im pädagogischen Erdgeschoss, brauchen sie situative Freiheit. Nur so können sie sich für den individuellen Fortschritt ihrer Kinder und für ihr menschliches Wohlbefinden verantwortlich fühlen, nur so können sie die Jugendlichen mit achtsamer Wertschätzung begleiten. John Hatties empirisch breit fundierte und weltweit beachtete Studie "Visible Learning" zeigt es: Wirkung erzielen nicht primär Strukturen; Wirkung geht von den einzelnen Lehrpersonen und ihrem Unterricht aus; darum muss man ihnen den Freiraum lassen oder ihn wieder zurückgeben – zugunsten der Lernfortschritte ihrer Kinder und deren Autonomie. Freiheit als pädagogisches Elixier im anspruchsvollen Unterrichtsalltag!

¹ Vgl. Christina Rothen (2015), *Selbstständige Lehrer, lokale Behörden, kantonale Inspektoren. Verwaltung, Aufsicht und Steuerung der Primarschule im Kanton Bern 1832-2008*. Zürich: Chronos..

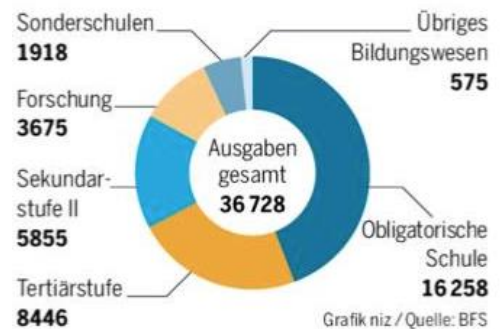
Bildungsbericht 2018 Analysen zu rund 500 Themen

Tages-Anzeiger 20.6.2018 Schweiz

Der gestern publizierte vierte Bildungsbericht macht eine Tour d' Horizon über das Schweizer Bildungssystem vom Kindergarten bis zur Weiterbildung. Das Autorenteam unter der Leitung des Bildungsökonom Stefan Wolter fasst darin Analysen zu rund 500 Themen zusammen. Das Spektrum reicht von Bildungsdefiziten von Kindern mit Migrationshintergrund über Maturitätsquoten bis hin zum Fachkräftemangel oder zur Digitalisierung. Die Schweizerische Koordinationsstelle für Bildungsforschung gibt den alle vier Jahre erscheinenden Bericht im Auftrag des Bundes und der Kantone heraus. Er dient als Grundlage für die Bildungspolitik. Pro Jahr geben Bund und Kantone rund 36 Milliarden Franken für die Bildung aus. (cab)

Ausgaben für Bildung nach Bildungsstufe

2015, in Millionen Franken



Bildungsbericht Schweiz 2018 nur gegen Bezahlung!

«Der Bildungsbericht Schweiz 2018 liegt vor. Auf über 300 Seiten ist darin das aktuelle Wissen über das Bildungswesen Schweiz und dessen Leistungsfähigkeit zusammengefasst – von der obligatorischen Schule bis zur Weiterbildung. Er wurde heute an einer Medienkonferenz WBF-Vorsteher Johann N. Schneider-Amann und EDK-Präsidentin Silvia Steiner übergeben.

Der Bildungsbericht Schweiz 2018 vermittelt Daten und Informationen aus Statistik, Forschung und Verwaltung zum gesamten Bildungswesen entlang von rund 500 Themen.»

(aus der Medienmitteilung des WBF (SBFI) / EDK vom 19. Juni 2018)

Wer den Bericht lesen will, kann ihn nicht etwa kostenlos herunterladen, sondern wird weitergewiesen zum Webshop. Dort erfährt die erstaunte Steuerzahlerin:

DRUCKVERSION

Bildungsbericht 2018 (deutsch)

ISBN: 978-3-905684-17-9, Format A4, 340 Seiten

60.00 CHF

ONLINE-VERSION

Bildungsbericht 2018 (als mehrsprachiges E-Paper DE, FR, EN, IT)

E-Paper wird in passwortgeschützter Mediathek zur Verfügung gestellt; umfasst eine deutsche, französische, italienische und englische Sprachversion; Preis pro Lizenz für je einen Benutzer (Bericht online einsehbar, Einzel- und Doppelseite ausdrückbar)

39.00 CHF

«Eine Lehre allein reicht heute nicht mehr»

20Minuten 20.6.2018

von Sandro Büchler - Die Anforderungen an Berufstätige steigen. Ein Experte erklärt, warum die Arbeitslosigkeit droht, wenn man sich nicht weiterbildet.

Im Jahr 2045 werden 60 Prozent einen Abschluss aus dem tertiären Sektor haben. Das steht im Bildungsbericht 2018, den der Bildungsforscher Stefan Wolter verfasst hat. Im Interview erklärt er, wieso eine Lehre allein nicht mehr reicht.

Herr Wolter, wieso streben immer mehr nach Bachelor- und Masterabschlüssen?

Dies ist eine Folge der Ansprüche der Wirtschaft. Für immer mehr Berufe wird ein Studium verlangt.

Zum Beispiel?

Lehrer müssen heute etwa eine pädagogische Hochschule absolvieren, für gewisse Funktionen im Informatikbereich ist es unabdingbar, dass man Informatik studiert hat – ansonsten hat man keine Chance auf den Job. Zum Glück haben die Jugendlichen die Signale wahrgenommen und planen ihre Bildungskarriere dementsprechend.

Wie sind Lernende heute gefordert?

Eine Lehre allein reicht heute nicht mehr. Man muss aktiv bleiben und sich weiterbilden, sonst steigt die Gefahr von längeren Phasen der Arbeitslosigkeit. Denn der technologische Wandel beschleunigt sich, einfache und repetitive Arbeiten werden entweder ins Ausland verlagert oder durch Maschinen ersetzt.

Wann sind Weiterbildungen zentral?

Weiterbildungen sind nach der Lehre enorm wichtig. Nach dem Lehrabschluss bilden sich die Leute aber weniger stark weiter als Personen mit einem höheren Tertiärabschluss. Hier haben wir Nachholbedarf.

Ist das das Ende des dualen Bildungssystems?

Im Gegenteil. In den letzten Jahren kam es zu einer Verdoppelung von tertiär Gebildeten, ohne dass die gymnasiale Maturitätsquote gestiegen ist. Das heisst, ein Grossteil der Jugendlichen hat erst eine Lehre und anschliessend eine Fachhochschule oder höhere Berufsbildung absolviert.

Ist der Bildungsabbau an der Volksschule nur ein Mythos?

Tages-Anzeiger 19.6.2018 [Artikel und Kommentare](#)

Christoph Aebischer

Die Kantone sparen bei der Bildung. Wie stark spüren das die obligatorischen Schulen? Damit befasst sich der neue Bildungsbericht.

Vor einem Jahr gingen in mehreren Städten Schülerinnen und Schüler auf die Strasse und demonstrierten. Unter «#keLoscht» sagten sie, wieso: Diverse Kantone setzten bei der Schule den Rotstift an. Das passte ihnen nicht. Auch der Verband Lehrerinnen und Lehrer Schweiz (LCH) warnte vor einem Bildungsabbau. Nun zeigt der heute erschienene nationale Bildungsbericht: In den Klassenzimmern ist kaum etwas davon zu spüren.

Bildungsökonom Stefan Wolter, unter dessen Leitung die vierte Gesamtschau zum Schweizer Bildungswesen entstanden ist, hat statistisch keine Anhaltspunkte gefunden:

«Wir können zeigen, dass bisher nicht weniger Geld pro Schüler ausgegeben wird, wenn ein Kanton spart», sagt er.

Unpassende «Milchbüchlirechnung»

LCH-Präsident Beat Zemp weist diese «Milchbüchlirechnung» im Bildungsbericht zurück. Er stellt Wolters Analyse die Summe gegenüber, welche die Kantone einsparen. Diese beschlossenen Sparmassnahmen würden sich mittlerweile auf über eine Milliarde Franken belaufen. Zum grössten Teil seien sie schon umgesetzt. Sie betreffen die obligatorische Schule sowie Mittel- und Berufsschulen.

Gemäss Wolter gibt es einen Grund für seine statistischen Befunde, dass pro Schüler nicht weniger Geld ausgegeben wird: In den vergangenen Jahren seien die Schülerzahlen gesunken. Normalerweise nehme in solchen Zeiten auch die Klassengrösse ab.

Tatsächlich sank der Durchschnitt seit 2000 langsam. Die Talsohle wurde gemäss Zahlen des Bundesamts für Statistik vor rund drei Jahren erreicht. Hier geben die Kantone nun Gegensteuer, indem sie vermehrt Klassen zusammenlegen, beziehungsweise später teilen.

Klassen werden wieder grösser

Mittlerweile werden Klassen im Schnitt wieder grösser. Nun überlagern sich aber zwei Phänomene: Während etliche Kantone gezielt auf grössere Klassen hinwirken, wächst die Schülerzahl mancherorts bereits wieder. Auch Prognosen im aktuellen Bildungsbericht gehen künftig von höheren Schülerzahlen aus.

Wolter macht sich trotzdem keine Sorgen um die Bildungsqualität. Solange sich die Spannweite im Bereich plus/minus zwei Schüler bewege, habe die Klassengrösse keinen Einfluss auf die Leistungen der Schüler, betont er. Dies wenigstens sei der aktuelle Stand der Forschung. «Die Klassengrösse wirkt also wie ein Puffer.»

Über die Kantone hinweg variiert die durchschnittliche Klassengrösse zwischen 20,8 (Zürich) und 15,7 (Graubünden). Die beiden Extremwerte illustrieren für Wolter, wie sich das System selbst reguliert: Während in Zentren die Schülerzahlen steigen und damit auch die Klassengrössen, würden sie in Berggebieten, wo die Bevölkerung tendenziell abwandere, sinken.

Schule erfüllt neue Aufträge

Mit Blick auf die Bildungsausgaben lässt sich ein Abbau ebenfalls nicht belegen: Die Gesamtausgaben wuchsen seit 2001 vielmehr von 22,68 Milliarden Franken auf 36,7 Milliarden Franken im Jahr 2015 (davon 16,7 Milliarden für die obligatorische Schule). Im Vergleich mit den öffentlichen Gesamtausgaben und dem Bruttoinlandprodukt ist dieses Wachstum überproportional.

Öffentliche Bildungsausgaben nach Bildungsstufe

Ein Teil des Kostenanstiegs ist auf die Teuerung zurückzuführen. Ein anderer aber auf einen Ausbau der Leistungen. Ein Indiz ist die Entwicklung des Betreuungsverhältnisses. In der Primarschule kommen auf einen Pädagogen 15,3 Schüler. Neue Spezialfunktionen an Schulen erhöhen die Personalkosten. Beispiele sind etwa der in den letzten Jahren erfolgte Aufbau der Schulsozialarbeit oder die integrative Förderung.

Eine Steilvorlage für LCH-Präsident Zemp: Man könne den Schulen nicht neue Aufträge erteilen und dann bei der Finanzierung knausern. Er bleibt dabei: «Pro-Kopf-Kosten sind nicht aussagekräftig.» Und würden wegen Sparmassnahmen Klassen vergrössert, sei dies eben dennoch ein zumindest qualitativer Bildungsabbau. Denn der Lehrperson bleibe so weniger Zeit für den einzelnen Schüler.

Einige Online-Kommentare

Olivier Fuchs

[...] Ich sehe keinen direkten Zusammenhang zwischen Ausgaben und Bildungserfolg, sonst hätte sich der Westen nie entwickeln können. Die besten waren die Klosterschulen, fast gratis. Deren Unterrichts- und Freizeitstil hatten wenig mit dem zu tun, was heute abläuft. Wir lasen noch jede Woche ein Buch. Man beobachtete auch einmal einen Südkoreanischen Schüler, der in der Freizeit dicke Mathebücher durchackert.

Andreas Diethelm

Dieser wertlose Bericht zeigt eines: den Tunnelblick des Ökonomen, und wie die akademische Ökonomie ihren schlechten Ruf redlich verdient. Sie soll ihre Michlbüchleinrechnung machen dürfen, das aber bitte nicht für Erkenntnis in der Bildungsrealität halten. Die krude und sachfremde Betrachtungsweise bringt kein Licht in den Bildungsdschungel. Entscheidend ist, welcher Anteil der eingesetzten Mittel in ein Bildungserlebnis einfließt und welcher in eine aufgeblähte Bildungsbürokratie, die zum Teil den Lehrkräften aufgehalst wird.

Alain Surlémur

Bei der Bildung wird nicht gespart. Das Geld wird nur falsch ausgegeben. Anstatt es dazu zu verwenden, jedem Schüler nach seinen Möglichkeiten einen Abschluss zu ermöglichen, versickert es in Bürokratie, Schulexperimenten und Sozialdödel.

Der Grundsatz bei der Bildung muss "Chancengleichheit" heissen, nicht wie heute in linken Kreisen der Schultheorie gewünscht "Ergebnisgleichheit". [...]

Urs M. Widmer

Äusserst problematisch ist die Verschiebung von pädagogischer Arbeit zu organisatorisch-administrativer Arbeit durch permanenten Druck der Bildungsdirektion. Es sollen jetzt digitale Lehrmittel geschaffen werden, regelmässige updates (3-4monatlich!!) erfordern, dass Lehrperson sich ständig neu einarbeiten muss. Ganz im modernen immer mehr immer schneller Modus! Überfordert unser Hirn und unser Dasein. Ist einfach nur fragwürdig.

Auch fragwürdig: die Integrationsklassen. Meine Tochter hat gelitten und sich gelangweilt. Ständig Sozialisierungsthemen anstelle von Lernen, nicht zukunftstauglich, und gar nicht auf Sek.niveau. 1-2 Störefriede in 25er Klasse, die wünsch ich jedem Politiker mal und andern Besserwissern, enjoy!

Theo Lehnherr

Der Bildungsabbau in der Volksschule geht rasant von statten. Er ist sowohl ideologisch bedingt (Kompetenzen statt Inhalt), als durch Verschiebung der finanziellen Mittel (von der Basis weg in die Verwaltung, in die IT und in die Heilpädagogik). Das ist mein Fazit aufgrund der Beobachtung der letzten 8 Jahre, in denen meine Kinder die öffentliche Schule besuchen.

Annemarie Meierhofer

Da kann ich mich nur anschliessen. Die Integration ist ja schön und gut, aber teilweise leiden dann einfach die anderen darunter. Das habe ich in den letzten 7 Jahren auch beobachtet.

Daniel Gfeller

Den Bildungsabbau anhand von Klassengrössen oder Pro-Kopf-Kosten zu bestimmen ist nicht zielführend. Viel wichtiger wäre es, das Bildungsniveau der Lernenden zu kontrollieren. Zeugnisnoten sind dafür freilich nicht geeignet, denn diese orientieren sich am Durchschnitt. Ein schleichender Bildungsabbau, wie er oft befürchtet wird, lässt sich so nicht feststellen.

Vorschlag: Lassen Sie z.B. die Anwärter für das Gymnasium eine Aufnahmeprüfung

schreiben, wie sie vor 20-30 Jahren verwendet wurde und bewerten Sie die Prüfung gleich wie damals. Damit hätte man einen echten Vergleich mit früheren Zeiten. Ich helfe wetten, dass sich die Zahl der Gymnasiasten mindestens halbieren würde.

Daniel Gfeller.

Ich habe meine Zweifel, dass die PISA-Studie ein gutes Messinstrument für den Bildungserfolg ist. Ich habe eher das Gefühl, dass sie ein Teil des Problems ist – „Teaching to the Test“ auf Kosten von praxisrelevanten Lerninhalten. Es ist mir völlig klar, dass jeder Test schwächen hat. Wenn ich aber z.B. sehe, dass nach LP21 nur noch eine Minderheit der Schulabgänger eine Kreisfläche berechnen kann, dann stehen mir als Ingenieur die Haare zu Berge.

Jan Maurer

Die Eltern machen ihren Job nicht mehr, die in den Kindergarten eintretenden Kinder sind sehr weit weg von dem, was Kinder vor 20 Jahren in dem Alter noch konnten. Die Ansprüche sind gleichzeitig gestiegen. Das lässt sich halt einfach nicht mehr mit Frontalunterricht erledigen, wo es egal ist, wie viele Kinder im Raum sind, sondern es braucht für fast jedes Kind eine individuelle Betreuung.

Hanspeter Amstutz

Der Erwartungsdruck an die Schulen steigt mit dem neuen Lehrplan weiter. Wenn zusätzliche Bildungsziele erreicht, der Unterricht noch stärker individualisiert und alle schwierigen Schüler integriert werden sollen, dann bräuchte es eigentlich mehr Geld für mehr Lehrpersonal. Zurzeit will man den Fünfer und das Weggli: Weniger Geld, aber mehr Leistung. Bei einer etwas ehrlicheren Bildungspolitik könnte man aber auch zum Schluss kommen, dass sich Bildung wieder stärker auf das Wesentliche konzentrieren muss. Dazu zähle ich eine attraktive Allgemeinbildung und eine solide Grundbildung in Deutsch und Mathe. Solange die finanziellen Mittel nur beschränkt zur Verfügung stehen, muss man den Eltern reinen Wein einschenken und sagen, welche Leistungen die Schule noch seriös erbringen kann.

Erich Bauer

Meine Erkenntnis:

Bei einer meiner Töchter waren bis zu fünf "Lehrerinnen" im Klassenzimmer. Eine Klassenlehrperson, die andern für die Integrativen Schüler und Einzel Förderung. Später an der Mittelschule Niveau p waren Sie 25 Kinder in der Klasse. Im Niveau A hatten dafür einzelne einen Pädagogen mit rundum Betreuung. Kosten Gleich, nur anders verteilt.

Helen Fisler

Personalkosten pro Schüler sagen nicht wirklich etwas über die Einsparungen aus. Entscheidender ist, wieviel von den durch die Bildung verursachten Kosten wirklich den Schülern zu Gute kommen. Wie viel dieser Ressourcen verpuffen bspw. mehr oder weniger sinnbefreit in den Büros des Erziehungsdepartementes? Immer neue Konzepte, Vorschriften und Evaluierungen kosten vor allem und behindern die Arbeit in den Schulen. Es darf ruhig auch in der Bildung gespart werden, aber bitte in den aufgeblasenen Erziehungsdepartementen oder in der externen Forschung und Evaluierung aber nicht im Klassenzimmer!

Andreas Meier-B

Haben Sie jemals einen Blick in die Mathematik-Lehrmittel der Sek I Stufe geworfen? Die Ansprüche und der Stoffumfang haben laufend zugenommen. Es bleibt aber immer weniger Zeit, um diese zu vertiefen. Parallel dazu erfordern individuelle Lehr- und Lernformen ein hohes Mass an Eigenkompetenzen der Schülerinnen und Schüler (SuS) und viel Erfahrung und Engagement seitens der Lehrpersonen. Dies gilt nicht nur in den naturwissenschaftlichen Fächern. Zudem haben Stoffumfang und Anforderungen in den

Sprachfächern massiv zugenommen. Gute SuS leisten sehr viel, auch mit entspr. Unterstützung zu Hause. Längst nicht alle SuS bringen jedoch diese Voraussetzungen mit und sind überfordert - leider auch aufgrund mangelnder Kompetenz der LP. Dennoch macht die Mehrheit einen super Job.

„Lehrerinnen und Lehrer müssen sich vor allem erst einmal wehren“

Ein Interview zum Erziehungsnotstand

Grundschule, 5/2018 19.Juni.2018

WIEN. *“Es sind vielfach ganz schlecht beschulbare Kinder, die in die Klassenzimmer geschoben werden” – sagt jemand, der es wissen muss: Prof. Martina Leibovici-Mühlberger hat als Medizinerin, Therapeutin und Erziehungsberaterin tiefe Einblicke in den Alltag vieler Familien. Sie beschreibt in ihren Büchern “Tyrannenkinder”, die mit Verhaltensauffälligkeiten jeden Unterricht sprengen. Im ersten Teil des Interviews sprach die Wienerin über die Ursachen des Erziehungsnotstands. Jetzt, im zweiten Teil, geht es darum, was sie Schulen empfiehlt. Das Interview ist der aktuellen Ausgabe 5/2018 der Zeitschrift “Grundschule” entnommen. Titel des Heftes: “Gemeinsam erziehen – Anregungen für die Praxis, wie Sie die Unterstützung der Eltern gewinnen können”.*

Was können Lehrer denn in einer solchen Situation tun?

Leibovici-Mühlberger: Lehrerinnen und Lehrer müssen sich vor allem erst einmal wehren. Das ist schon mal der Punkt. Die moderne Lehrperson kann sich nicht mehr auf seine Profession, auf Pädagogik, Methodik und Didaktik, beschränken – sie soll gleichzeitig Moderator, Erlebnispädagoge, Seelsorger, Sozialmoderator, Therapeut, Tagesbetreuer, Animator und Liebeskummerabfänger sein. Und manchmal auch die einzige Bezugsperson, wenn das familiäre System zerbricht. Wir haben immer mehr Scheidungen. Also ist das auch keine seltene Situation. Das heißt, der Pädagoge soll heute eine eierlegende Wollmilchsau sein. Er wird aber gleichzeitig gesellschaftlich heruntergeputzt, in der Öffentlichkeit für alle Fehlentwicklungen verantwortlich gemacht. Das ist ein unhaltbarer Zustand, der dazu führt, dass ein nicht unbedeutender Prozentsatz der Lehrkräfte an Burn-out leidet, und das betrifft häufig die besonders Engagierten. Das ist auch für unsere Kinder fatal. Denn die lernen auf der Basis von Beziehung. Und wenn man ihnen die Beziehungspersonen, ihre Lehrer, niedermacht, dann behindert man ihren Lernprozess. Wir brauchen eine ganz große Offensive der Bewusstwerdung, wie wichtig Schule ist, wenn wir die Gesellschaft der Zukunft prägen wollen. Wir brauchen eine Kampagne, die deutlich macht, was Lehrkräfte sind, was sie leisten – und was sie realistisch leisten können.

Das heißt also, wenn eine einzelne Lehrkraft mit einem extrem verhaltensauffälligen Schüler zu tun hat, kann sie selbst gar nicht viel tun – dann sind die Eltern gefordert?

Leibovici-Mühlberger: Es gibt schon den Teil, den sie im Klassenzimmer einfordern kann. Sie braucht dabei aber möglicherweise die Unterstützung des Kollegiums oder eines multiprofessionellen Teams. Man kann nicht dem einzelnen Pädagogen, der verhaltensauffälligen Schülern Lesen, Schreiben und Rechnen beibringen soll, sagen: „Mach mal! Du musst das schon schaffen. Das ist ja deine Klasse.“ Schon gar nicht, wenn bekannt ist, dass bei manchen dieser Kinder gerade eine Scheidung zu Hause läuft, andere unter ADHS leiden und wiederum andere zu Hause nicht ausreichend betreut werden. Dann ist professionelle Hilfe notwendig. Hier brauchen wir aber auch die Eltern, die zum Beispiel

Elternbildungsangebote annehmen müssen, denen man auch zur Kenntnis bringt, wie sie ihr Kind am besten unterstützen können. Ohne Kooperation wird es nicht gehen. Es muss auch das Elternhaus seine Arbeit leisten. Das heißt, wir brauchen eine Eltern-Schule-Partnerschaft, im Sinne eines klaren Vertrags, den die Institution mit den Eltern vereinbart. Damit die zwei, die im Boot sitzen, in dieselbe Richtung rudern. Und nicht, wie es heute oft ist, in entgegengesetzte. Hier ist die Institution Schule gefordert, Selbstbewusstsein zu demonstrieren, und den Eltern zu sagen: „Ihr wollt Euer Kind zu uns geben? Das ist fein, das begrüßen wir. Wir sind hier eine Gemeinschaft – und wir stehen für etwas. Wofür, das wollen wir Euch, dem Elternhaus, offen zur Kenntnis bringen. Andererseits gibt es auch etwas, das wir von Euch erwarten, wenn Ihr Euer Kind zu uns bringt.“ Und auch wie eine solche Unterstützung aussehen soll, muss klar kommuniziert werden. In diesem Verständnis funktioniert der Austausch – auf der Basis von gegenseitigem Respekt und Wertschätzung. Nicht einseitig.

Sie plädieren also auch dafür, dass Lehrkräfte sich der Grenzen ihrer Handlungsmöglichkeiten klar sind – und sich kein schlechtes Gewissen machen?

Leibovici-Mühlberger: Absolut. Weil sich sonst die Lehrkräfte in einen Burn-out hineinsteigern. Und damit ist niemandem gedient. Der beste Schutzfaktor gegen Burn-out ist es, Sinn in seiner Tätigkeit zu erleben. Hier haben es Lehrerinnen und Lehrer mit ihrem Beruf besonders schwer. Der Pädagoge ist ein Einsamer, das muss man schon sagen. Er muss ein Leuchtturm sein, er muss die Führung haben, er muss Beziehungsangebote den Kindern gegenüber geben. Er hat einen hohen Auftrag, an dem er gemessen wird, und er hat oft schwierige Partner in Gestalt der Kinder, die ihre persönlichen Probleme in den Unterricht hineinbringen. Was der Pädagoge deshalb unbedingt braucht, das ist ein guter gesunder Arbeitsplatz – er braucht eine echte Teamkultur in der Schule. Dabei ist auch die Schulleitung gefordert. Sie darf die Lehrkräfte nicht, wie ich es an vielen Schulstandorten sehe, alleine lassen. Lehrerinnen und Lehrer dürfen nicht in der Früh vor dem Schultor das Gefühl haben: Ich gehe hier jetzt in einen feindlichen Ort hinein, und von den 24, die jetzt in meinem Klassenzimmer sitzen, sind zwölf, die mich am liebsten anfallen wollen. Ich ziehe vor allen Pädagogen meinen Hut, die es verstehen, morgens mit einem Lächeln in die Klasse zu gehen und ihren Schülern mit einem Beziehungsangebot gegenüberzutreten. Denn das ist meines Erachtens das, was uns unser ganzes Leben lang prägt – zu sagen: „Ich hatte einen tollen Lehrer oder eine tolle Lehrerin. Und der beziehungsweise die hat mir etwas ganz Wesentliches für mein Leben mitgegeben.“

Mehr Rückendeckung bitte!

Die Wertschätzung der Arbeit der Lehrerinnen und Lehrer ist bei uns in der Schweiz wahrscheinlich noch etwas höher als in Deutschland oder Österreich. Aber mit all den zunehmenden Ansprüchen und Erwartungen, welche mit der neusten Schulentwicklung auf uns zukommen, nimmt der Druck erheblich zu. Schüler, die aus familiären Gründen bei all den vielen genormten Checks durch die Maschen fallen, werden sich stärker auffällig bemerkbar machen. Das kann zu enorm belastenden Störungen des Unterrichts führen. Doch statt den Lehrerpersönlichkeiten den Rücken zu stärken, wird lieber davon gesprochen, sie vermehrt als Coaches bei komplexen Lernprozessen einzusetzen. Damit werden Lehrpersonen primär zu Ausführenden von eng vorgegebenen Programmen. Wir brauchen unbedingt mehr Freiraum für mutige und verantwortungsbewusste Lehrerinnen und Lehrer. Wenn keine Kurskorrektur erfolgt, werden wir wertvolle Persönlichkeiten für die öffentliche Schule verlieren.

Kommentar von Hanspeter Amstutz

Schulversuch hat Hauptziel verfehlt

Zürichsee-Zeitung 25.5.2018, Zürich

Katrin Oller

Ein Schulversuch wollte in zwölf Schulen die Lernbeziehungen zwischen Schülern und Lehrern stärken. Die Evaluation zeigt nun, dass die Lehrer den Versuch für geglückt halten, die Schüler die Beziehungen aber negativer einschätzen.

Weniger Lehrer im Klassenzimmer – dieses Ziel hat der Schulversuch «Fokus Starke Lernbeziehungen» verfolgt. Zwölf Primarschulen mit 166 Klassen haben seit dem Schuljahr 2013/14 daran teilgenommen. Die Klassenlehrerinnen, Schüler und Heilpädagoginnen wurden mehrfach befragt und das Können der Schüler wurde getestet. Gestern hat die Bildungsdirektion den Schlussbericht des Instituts für Erziehungswissenschaft der Universität Zürich veröffentlicht. «Das Resultat hat alle total überrascht», sagt Marion Völger, Chefin des Volksschulamts, auf Anfrage.

Im Rahmen des Schulversuchs haben die Heilpädagoginnen und Lehrer für Deutsch als Zweitsprache (DAZ) die Kinder nicht mehr selber unterrichtet, sondern nur noch die Klassenlehrerinnen und -lehrer beraten. Die frei gewordenen Förderstunden ermöglichten es den Klassenlehrern, mehr Stunden zu zweit zu unterrichten. Die Lehrerinnen und Lehrer empfanden dies als Gewinn und emotional entlastend. Sie schätzten auch die Lernbeziehungen zu den Kindern als besser ein. Allerdings nahmen nur 57 Prozent der Klassenlehrer an der Befragung teil. Dies sei zwar irritierend, heisst es im Bericht, es handle sich dabei aber um eine repräsentative Auswahl der Grundgesamtheit.

Unglückliche Heilpädagogen

Die Hälfte der Heilpädagogen und DAZ-Lehrerinnen hingegen waren unglücklich mit ihrer neuen Aufgabe fernab des Schulzimmers. Ihr Beratungsangebot haben die Klassenlehrer ganz unterschiedlich – zum Teil auch nur sehr wenig – genutzt. Die Schülerinnen und Schüler selber empfanden die Beziehung zu den Lehrpersonen als negativer als die Kinder in den Vergleichsklassen, die nicht am Versuch teilnahmen. Auch waren sie weniger motiviert und schnitten in der Rechtschreibung schlechter ab, vor allem diejenigen, die Deutsch als Zweitsprache lernten.

Christian Hugli, Präsident des Zürcher Lehrerinnen- und Lehrerverbands (ZLV), erklärt sich dies dadurch, dass es gewisse Kinder als positiv empfänden, wenn eine Fachperson in die Klasse komme, die sich eines spezifischen Problems direkt annehme. «Das kann die Beziehung zur Klassenlehrperson entlasten, da die Spezialisten oft einen anderen Zugang haben», sagt Hugli.

Deshalb fordert der ZLV in einer Medienmitteilung, dass der Schulversuch, der bis zum Schuljahr 2021/22 weitergeführt wird, fundamental anzupassen sei. «Primär sollen die Heilpädagoginnen und DAZ-Lehrer wieder zurück in die Klassen», sagt Hugli.

Marion Völger vom Volksschulamt sagt, dass die meisten Ziele des Schulversuchs erreicht worden seien, etwa die Reduktion der Anzahl Lehrpersonen pro Klasse und eine vereinfachte Schulorganisation. Sie sieht aber auch die kritischen Resultate. Ein Erklärungsansatz könnte sein, dass sich der Unterricht während der kurzen Zeit seit 2013 noch nicht genügend entwickeln konnte, da in den Schulen zuerst Organisatorisches im Vordergrund stand. Auch Völger sieht Verbesserungspotenzial: Die Regelung, dass Heilpädagogen und DAZ-Lehrerinnen nicht direkt mit den Kindern arbeiten, könnte für die restliche Laufzeit des Versuchs gelockert werden. Auch werden die Schulen die Probleme, die im Bericht sichtbar wurden, individuell angehen, sagt Völger.

Kaum Einführung für alle

Grundsätzlich sei der Schulversuch «nicht nur ein Schlag ins Wasser», sagt Christian Hugi vom ZLV. Die veränderte Schulorganisation habe dazu geführt, dass sich die Lehrpersonen entlastet fühlten: «Das ist in der letzten Zeit ein seltenes Phänomen.» Hugi führt das darauf zurück, dass wichtige Entscheide im Team-Teaching auf zwei Schultern getragen würden. Dennoch lehnt der ZLV eine flächendeckende Einführung des Schulversuchs in dieser Form ab. Dazu müsste die Ausbildung angepasst werden. Klassenlehrer müssten über eine Ausbildung in Heilpädagogik und DAZ verfügen, was faktisch einem Masterabschluss entsprechen würde.

Überlegungen zur Aus- und Weiterbildung seien bereits gemacht worden, sagt Marion Völger. Angesichts der Ergebnisse des Berichts sei jedoch nicht von der flächendeckenden Einführung des Schulversuchs auszugehen. Abschliessend entscheidet darüber der Regierungsrat, voraussichtlich noch vor den Sommerferien.

Sonderpädagogische Flickschusterei

NZZ 21.6.2018, Zuschriften

Die Ratlosigkeit rund um die integrative Schule hält an (NZZ 18. 6. 18). Diese ist zwingend zum Scheitern verurteilt, weil sie elementare Voraussetzungen für ein solides Lernen und Unterrichten missachtet, als da sind: Konstanz der Bezugspersonen und der Klassenzusammensetzung, Kontinuität im Unterrichtsverlauf sowie Erziehung und Schulung in Klassenverbänden mit nicht allzu breit gestreuten Lernvoraussetzungen unter den Schülern. Auch der Schulversuch Fokus starke Lernbeziehungen nimmt nur eine einzige Erkenntnis früherer Schulführung auf, nämlich die wichtige Rolle von konstanten Bezugspersonen. Sonst beharrt man weiterhin auf dem Dogma, alle Kinder, ungeachtet ihrer unterschiedlichen intellektuellen Leistungsfähigkeit und ihres entwicklungsständigen Reifestandes, in Regelklassen unterrichten zu wollen. Dieser pädagogischen Unmöglichkeit glaubt man dadurch zu begegnen, indem man die Schüler mit Lern- und Verhaltensproblemen regelmässig aus dem Klassenverband herausnimmt, sie also separiert, und glaubt, sie dadurch wieder auf Vordermann bringen und erst noch gruppenfähig machen zu können.

Auch behinderte und erziehungsschwierige Kinder und Jugendliche sollten vorerst unbedingt in einem Gruppen- oder Klassenverband gefördert werden, in welchem sie mit Schülern zusammen sind, die vergleichsweise ähnliche Lernvoraussetzungen mitbringen, und somit Erfolgserlebnisse erfahren. Andernfalls sind sie dauernd überfordert und benachteiligt, und wertvolle Zeit für Grundlagenförderung geht verloren. Denn eine Summe von therapeutischen Zweierbeziehungen ergibt noch keine Sozialisation. Diese muss im Gruppen- und Klassenverband gelebt und geübt werden. Das Problem ist nur, dass die Absolventen der Interkantonalen Hochschule für Heilpädagogik nur noch in der Lage sind, Einzelförderung zu betreiben statt Klassenunterricht unter erschwerten Bedingungen. Das ist der eigentliche Mangel, der durch noch so vielfältige unterrichtliche Flickschusterei nicht behoben werden kann.

Peter Schmid, Frauenfeld

Zurück zur Förderschule?

Inklusion in der Kritik

Frankfurter Allgemeine 14.6.2018

Immer neue Brandbriefe von Lehrern beklagen die gescheiterte Inklusion an Schulen. Kritiker halten das System für gescheitert, Befürworter rüsten auf.

Kaum eine Woche vergeht, ohne dass Lehrer an Brennpunktschulen einen Brandbrief schreiben und das Scheitern der Inklusion beklagen. Flüchtlingskindern, Kindern mit unzureichenden Deutschkenntnissen früher eingewanderter Eltern sowie Kindern mit unterschiedlichen Behinderungen gleichermaßen gerecht zu werden erweist sich im Schulalltag zunehmend als Illusion. Nach der anfänglichen Euphorie ist inzwischen eine große Ernüchterung eingetreten. Mit der Schilderung ihres Schulalltags in Brandbriefen und Büchern wagen sich die Lehrer zunehmend aus der Reserve, weil sie auf den öffentlichen Aufschrei hoffen und sich nicht mehr anders zu helfen wissen. Die Beruhigungsmittel der zuständigen Schulbehörden sind allzu bekannt: Es werden ihnen zusätzliche Sozialarbeiter oder ein paar Förderlehrer versprochen. Doch die Förderlehrer werden zunehmend als Vertretungslehrer eingesetzt und können ihre eigentliche Aufgabe gar nicht wahrnehmen.

Bremen und Hamburg sind bei der Schließung ihrer Förderschulen besonders forsch vorgegangen, und sie dürften das inzwischen bereuen. Denn die fahrenden Sonderpädagogen und die wenigen Förderzentren erweisen sich als unzureichend. In Niedersachsen, das ähnlich konsequent vorgehen wollte, hat der Landtag in diesem Frühjahr in einem neuen Schulgesetz beschlossen, die Förderschulen für Lernbehinderte in den kommenden zehn Jahren auf Antrag doch fortzuführen. Die Schulministerin Nordrhein-Westfalens, Yvonne Gebauer (FDP), hatte schon im vergangenen Jahr entschieden, die Schließung der Förderschulen auszusetzen. Baden-Württemberg und Bayern, die ohnehin an ihrem Förderschulsystem festgehalten haben, traten inzwischen auf die Bremse. Im Saarland plant die CDU-Fraktion sogar, zusätzlich zu den bereits bestehenden drei öffentlichen Förderschulen zwei neue für soziale und emotionale Beeinträchtigungen einzurichten. In Berlin spricht die Vorsitzende des Interessenverbandes Berliner Schulleitungen (IBS), Astrid Busse, inzwischen offen von einer „Inklusionslüge“ (F.A.Z. vom 7. Mai). Die Schüler mit dem Förderschwerpunkt „Geistige Entwicklung“ leiden nach ihrer Beobachtung besonders unter der erzwungenen Inklusion, die ihnen genau das verweigert, was sie am meisten bräuchten: Ruhe und Rückzug, kleine Lerngruppen im geschützten Raum, bevor sie in die Regelklasse integriert werden. [...]

Die UN-Behindertenrechtskonvention verbietet weder die Beschulung in Spezialeinrichtungen, wenn sie der Förderung des betroffenen Kindes am besten dienen, noch lässt sich auf ihrer Grundlage das Ende einer eigenständigen sonderpädagogischen Ausbildung fordern, wie das Brigitte Schumann und mit ihr manche andere tun. Je größer die Ernüchterung über die Inklusion, desto unversöhnlicher stehen sich Befürworter und gemäßigte Inklusionskritiker gegenüber. Erschreckend ist nicht nur der moralische Nimbus, mit dem debattiert wird, sondern auch die wachsende Irrationalität, unter der die Kinder mit Beeinträchtigungen am allermeisten zu leiden haben. [Mehr...](#)

Heike Schmall

Politische Korrespondentin in Berlin, zuständig für die „Bildungswelten“.